

Zwischen Armut und ‚Einzigartigen Projekten‘ - und das in der Krise

„Wir steuern auf den schlimmsten Abschwung seit den 1930ern zu. Es gibt wenig Grund für die Hoffnung, dass die Wirtschaft sich Ende 2009 erholen wird, und jeden Grund für die Vermutung, dass es noch schlimmer wird.“ So formuliert der US-Ökonom Robert Brenner seine Sicht der aktuellen Wirtschaftskrise.

Investitionen, Investitionen... wäre eine plausible Antwort auf die Krise, wenn realistisch mit einer Erholung gerechnet werden könnte. Dagegen steht aber eine leider öffentlich verdrängte Erfahrung der letzten Jahrzehnte: Als Folge ständig steigender Produktivität wird mit immer weniger Arbeitsaufwand immer mehr produziert. Das bedeutet: Menschen werden ausgegrenzt, weil ihre Arbeit nicht mehr gebraucht wird. Da nur unter Einsatz menschlicher Arbeit Kapital vermehrt werden kann, ist damit auch eine Grenze unserer Art zu wirtschaften markiert. Deshalb werden ‚Investitionen um jeden Preis‘ die Krise verschärfen und immer mehr Menschen zu Armut und Ausgrenzung verurteilen.

Im Blick auf die Kommunalpolitik heißt das:

- Es ist zu befürchten, dass noch mehr Menschen wegrationalisiert werden. Viele die Arbeit haben, müssen mit weniger Einkommen rechnen. In jedem Fall wird die Kaufkraft sinken. Wer soll sich dann noch die ‚lockenden‘ Angebote, für die investiert wird, leisten können? Damit dürften die Investoren auf ihren Angeboten sitzen bleiben bzw. öffentliche Haushalte die Zeche zu zahlen haben.
- Wenn die Investitionen nicht auf kaufkräftige Nachfrage stoßen, sinken für die Stadt die schon einkalkulierten Steuereinnahmen. Die Gelder für die Großprojekte aber sind investiert. Die Schulden stehen zu Buche. Und die Frage stellt sich: Wer soll das bezahlen? Die Politiker werden über leere Kassen klagen und überlegen, wo wieder einmal der Rotstift angesetzt werden kann. Es braucht wenig Phantasie, um sich vorzustellen, was das bedeutet: wachsende Armut, wachsende Verschuldung, erneute Runden von Sozialabbau, illusionäre Investitionen...

Wir fragen: Was ist eigentlich ‚realistisch‘ an dieser sog. ‚Real‘politik?